

Politik & Wirtschaft

«Die steigende US-Verschuldung kann Schweizer Anleger durchaus treffen»

USA Die Staatsverbindlichkeiten liegen nun schon bei mehr als 40 Billionen Dollar. Ökonomin Katja Gisler erklärt, warum Gold jetzt gefragt und Präsident Donald Trumps Schweiz-Kritik nicht haltbar ist.

Jorgos Brouzos

Die US-Staatsschulden erreichen ein Rekordniveau. Katja Gisler ist Chefstrategin bei Wellershoff & Partners, einem unabhängigen Finanzmarkterberater mit Sitz in Zürich. Sie erklärt, warum das für die Regierung Trump gerade mit Blick auf die Zwischenwahlen im November zum Problem wird.

Frau Gisler, die US-Staatsverschuldung hat in diesen Tagen den Wert von 40 Billionen Dollar überschritten. Wie lässt sich diese Zahl greifbar machen?
Das ist eine enorme Summe. Die US-Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei rund 125 Prozent der Wirtschaftsleistung – vor 25 Jahren waren es noch 50 Prozent. Und um die 40 Billionen Dollar noch etwas greifbarer zu machen: Auf jeden Einwohner der USA entfallen damit rund 118'000 Dollar Staatsschulden.

Wieso steigen die Schulden an?
Die USA geben seit Jahren deutlich mehr Geld aus, als sie einnehmen. Selbst in guten Jahren schreiben sie hohe Budgetdefizite. Zwar setzt die US-Regierung darauf, die Schuldenquote durch stärkeres Wirtschaftswachstum zu stabilisieren. Aber Wachstum allein dürfte dafür nicht ausreichen.

Warum spart die US-Regierung denn nicht einfach mehr?
Leichter gesagt als getan: Weniger Ausgaben oder höhere Steuern belasten die Konjunktur und sind politisch schwer durchzusetzen. Die Trump-Regierung hat zwar Ausgaben gekürzt, aber auch umfangreiche Steuererleichterungen beschlossen – unter dem Strich wird das Defizit grösser.

Welche Folgen hat es, wenn ein Land so verschuldet ist?
Investoren zweifeln zunehmend an der Tragfähigkeit der US-Staatsfinanzen und verlangen höhere Risikoentschädigungen – die Zinsen steigen. Die Renditen langfristiger Staatsanleihen sind auf den höchsten Stand seit fast 20 Jahren gestiegen. Der Druck dürfte noch zunehmen: Die Regierung hat dem Leistungsbilanzdefizit den Kampf angesagt, was die Kapitalimporte verringert. Es steht weniger Auslandskapital zur Verfügung, während der Finanzierungsbedarf hoch bleibt.

Darum wurde diese Woche US-Finanzminister Scott Bessent aktiv.
Bessent dürfte der Zinsanstieg nicht gefallen haben. Das US-Finanzministerium kündigte an, die Rückkäufe länger laufender Staatsanleihen auszuweiten, um die Renditen zu drücken. Die Wirkung hielt nicht lange an.

Warum nicht?
Rückkäufe beruhigen kurzfristig, ändern aber nichts an den Ursachen: hohen Defiziten und grossem Kapitalbedarf. Die Reaktion



Auch nach Erreichen des Rekordstands von 40 Billionen Dollar befinden sich die US-Staatsschulden weiter im Höhenflug. Foto: Imago

zeigt, wie ernst die Regierung die Lage nimmt.

Warum macht sie das?
In den USA stehen im November die Zwischenwahlen an, und wirtschaftliche Themen spielen eine wichtige Rolle. Steigende langfristige Zinsen sind dabei gleich mehrfach unangenehm: Sie verteuern die Refinanzierung des Staates, erhöhen Hypothek- und Kreditzinsen und bremsen die Konjunktur. Das hilft zwar gegen die Inflation, ist politisch kurz vor den Wahlen aber wenig attraktiv. Dass die Regierung tiefere langfristige Zinsen anstrebt, ist nachvollziehbar – und dürfte Bessents Vorgehen mitgeprägt haben.

Die USA müssen wegen der hohen Zinsen immer mehr Geld für Zinszahlungen aufwenden – mittlerweile mehr als für das Verteidigungsbudget. Ab wann ist das nicht mehr bezahlbar?
Einen klaren Schwellenwert gibt es nicht, aber die USA sind davon

«Je mehr Geld für den Schuldendienst benötigt wird, desto weniger Spielraum bleibt für Ausgaben oder eine Krise.»

sicherlich noch einiges entfernt. Der Dollar als Leitwährung und die Rolle der Staatsanleihen im Finanzsystem sorgen weiterhin für eine hohe Nachfrage. Problematisch ist jedoch, dass die USA mittlerweile über eine Billion Dollar pro Jahr allein für Zinsen ausgeben. Je mehr Geld für den Schuldendienst benötigt wird, desto weniger Spielraum bleibt für andere Ausgaben oder für die nächste Krise.

Scott Bessent verspricht, dass die USA durch ein starkes Wirtschaftswachstum aus den Schulden

herauswachsen können. Kann das aufgehen?
Wachstum kann helfen, weil dadurch die Wirtschaftsleistung und die Steuereinnahmen steigen. Wachstum allein dürfte aber nicht ausreichen. Dafür sind die Budgetdefizite der USA schlicht zu hoch.

Viele Schweizer halten über Indexfonds oder Altersvorsorge US-Staatsanleihen – diese galten als sicherste Geldanlage. Müssen wir uns Sorgen machen?
Einen Zahlungsausfall halte ich für sehr unwahrscheinlich. Die USA verschulden sich in ihrer eigenen Währung und verfügen mit dem Fed über eine Notenbank, die im Ernstfall eingreifen kann. Risikolos sind US-Staatsanleihen deshalb aber nicht. Das grössere Risiko für Anleger sind derzeit Kursverluste: Steigen die Marktzinsen, verlieren bestehende Anleihen mit tieferen Zinsen an Wert. Und höhere Zinsen sind gleichzeitig Gegenwind für die Aktienmärkte. Die steigende US-Verschuldung kann Schweizer Anleger also durchaus treffen.

Können sie auch profitieren?
Gold profitiert – typisch für Phasen steigender Unsicherheit und nachlassenden Vertrauens in Staatsfinanzen.

Der Preis für eine Feinunze ist deutlich gestiegen. Auch der Bitcoin legt wieder zu.
Ja, der Bitcoin hat zugelegt. Ich würde ihn aber nicht mit Gold gleichsetzen. Ich persönlich fühle mich wohler mit Gold.

Warum?

Gold hat sich als Wertspeicher in unsicheren Zeiten bewährt. Das aktuelle Umfeld – hohe Schulden, geopolitische Spannungen, Inflationsrisiken und ein schwächerer Dollar – spricht für Gold im Portfolio.

Wenn das Vertrauen in den Dollar wegen der Schulden sinkt, gewinnt der Franken oftmals an Wert. Sehen wir das jetzt auch?
Der Franken hat zuletzt aufgrund seiner Rolle als sicherer Hafen zugelegt. Aber auch unabhängig von den jüngsten Ereignissen sehen wir einen strukturellen Aufwertungstrend für den Schweizer Franken. Dahinter steht vor allem die im internationalen Vergleich niedrigere Inflation.

US-Präsident Trump hat in den letzten Tagen mehrmals die Schweiz kritisiert. Er sagte, dass die USA die Schweiz subventionieren würden. Stimmt das?
Nein, diese Argumentation greift zu kurz. Trump betrachtet Handel im Wesentlichen als Nullsummenspiel: Wenn die Schweiz einen Handelsüberschuss erzielt, muss das aus seiner Sicht ein Verlust für die USA sein. So funktioniert internationaler Handel aber nicht. Amerikanische Konsumenten und Unternehmen kaufen Schweizer Güter, weil sie ihnen einen entsprechenden Nutzen bringen. Durch Handel und Spezialisierung kann der Wohlstand auf beiden Seiten steigen. Und die tieferen Zinsen in der Schweiz sind keine Subvention der USA, sondern vor allem Ausdruck unserer tieferen Inflation und höheren Ersparnis.

Extremismus und Radikalisierung vorbeugen

Neue Charta Angesichts der Zunahme von radikalisierten Jugendlichen in den letzten Jahren wollen Bund, Kantone und Gemeinden reagieren. Dazu bekennen sie sich in einer Charta. Die Behörden sollen Extremismus und Radikalisierung vorbeugen. Wer bemerkt, dass eine Person im persönlichen Umfeld gefährdet ist, soll zudem praktische Hilfestellungen erhalten.

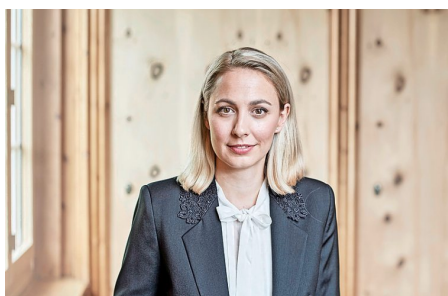
Verabschiedet wurde die Charta gegen Radikalisierung und Extremismus vom Sicherheitsverbund Schweiz (SVS). Gestern stellten Justizminister Beat Jans und Vertreter von Kantonen und Gemeinden sie in Bern vor. Sie richtet sich etwa an Eltern, Lehrpersonen, aber auch Vereine und Institutionen.

Seit 2023 steige die Zahl der Jugendlichen, die sich radikalisiert haben, in der Schweiz und anderen Ländern Europas, schrieb das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zur Charta. Nicht immer gehe es um Islamismus. Zum Beispiel auch in der Incel-Bewegung, die zu Frauenhass anstache, radikalisierten sich junge Männer. In der Schweiz kam es in den letzten Jahren wiederholt zu jihadistisch motivierten Gewalttaten, zuletzt im Frühling in Winterthur. (aeg/SDA)

Schweizer Armee will verstärkt gegen Sexismus vorgehen

Massnahmenplan Die Schweizer Armee sieht Fortschritte im Kampf gegen Sexismus und Diskriminierung. Die Hälfte der vor rund zwei Jahren angekündigten Massnahmen wurde umgesetzt, wie die Armee gestern in Bern bekannt gab. Der Massnahmenplan basiert auf einer Studie von 2024 zu Diskriminierung und sexualisierter Gewalt. Fast die Hälfte der damals rund 1100 befragten Armeemitglieder – darunter zwei Drittel Frauen, ein Drittel Männer – hatte während der militärischen Laufbahn geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt erlebt. Der Bericht hält fest, dass es erste Hinweise auf eine Verbesserung der Praxis gebe. So verzeichne die zuständige Fachstelle mehr Kontaktaufnahmen, auch von Männern. Zudem zeigten die Kader zu Beginn der Rekrutenschulung eine «klare Haltung».

Mit Kodex und Meldetool
Von den 16 Massnahmen setzte die Armee acht um und überführte sie in den ständigen Prozess, wie es weiter hiess. Dazu gehören etwa eine obligatorische Onlinelektion für Rekrutinnen und Rekruten, ein von den Truppen selbst erarbeiteter Verhaltenskodex sowie ein anonymes Meldetool. Sieben weitere Massnahmen befanden sich in Umsetzung. Eine weitere verzögert sich laut der Armee. Dabei handelt es sich um ein Merkblatt zu den Rechten von Betroffenen. Grund für die Verzögerung ist laut dem Bericht die inhaltliche Erweiterung eines zugrunde liegenden Handbuchs, das nun alle Personalkategorien der Armee abdecken soll – auch das Berufsmilitär.
Alle 16 Massnahmen sollen bis Ende 2027 umgesetzt sein. Eine Folgestudie zur Überprüfung der Wirksamkeit ist für das Frühjahr 2028 geplant. (SDA)



Katja Gisler, Chefstrategin bei Wellershoff & Partners. Foto: PD